

IM GESPRÄCH: OLIVER SCHLICHT, BARINGA

Die Mifid-Uhr tickt

Berater: Zeit bis 2018 ist knapp – „Auf Nachsicht sollten Banken nicht hoffen“

Von Jan Schrader, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 8.3.2017

Die Liste der Regulierungsvorhaben ist bekanntlich lang – so lang, dass einige Institute nach Verschiebung der Finanzmarktrichtlinie Mifid II um ein Jahr zunächst andere Projekte in Angriff nahmen, wie Unternehmensberater Oliver Schlicht im Gespräch mit der Börsen-Zeitung sagt. So widmete sich manche Bank verstärkt dem Regulierungsvorhaben zur Datenbündelung (BCBS 239) oder aber zur Vorbeugung von Marktmissbrauch (MAR und MAD) neben anderen Projekten. Nun kommt mit dem umfangreichen Regelwerk Mifid II, das mit der zugehörige Verordnung Mifir mehr Handelstransparenz schaffen, die Marktinfrastruktur reformieren und die Regeln für den Fonds- und Wertpapiervertrieb verschärfen soll, ein weiteres Paket hinzu. Bis Anfang 2018 müssen die Banken so weit sein. „Viel Zeit bleibt nicht mehr“, sagt der Partner der britischen Beratungsfirma Baringa. Auch wenn Prognosen seinen Angaben nach schwierig sind, dürften viele Häuser Anfang 2018 erst mit einzelnen Systemumstellungen starten und somit verspätet das vollständige Regelwerk umsetzen, wie er vermutet.

Die Aufseher dürften ein solches Vorgehen seiner Einschätzung nach kritisch sehen. Zwar stuft Schlicht es als unwahrscheinlich ein, dass verspätete Häuser ganz von Geschäftsfeldern ausgeschlossen werden. Die Aufsicht werde dann aber die eine oder andere Bank ermahnen und auch verantwortliche Führungskräfte einbestellen. Da sie dabei auch die Namen der Institute nennen würde, droht Banken ein Reputationsschaden, wie er andeutet. Eine Verschiebung einzelner Punkte sei allenfalls vorstellbar, sofern bei den Aufsehern bestimmte Details unklar seien. „Auf Nachsicht sollten die Banken nicht hoffen.“

Als größte Herausforderung nennt Schlicht neue Dokumentationspflichten für Banken. Gerade kleine Adressen ohne komplexe Infrastruktur im Handel treffe dies hart. Zum anderen verlange die Vorhandels-transparenz viel von den Instituten ab. Von der Preisabfrage bis zum Abschluss der Transaktionen müssen die Banken künftig wesentliche Informationen festhalten, was nicht in allen Häusern bereits Standard sei. Schlicht berät die Banken insbesondere zu den Folgen für die Handelssysteme. Ein weiterer Brocken sind die Vorgaben in der provisionsbasierten Finanzberatung, wie eine

Umfrage der Beratungsgesellschaft PPI, die ebenfalls zur Umsetzung von Mifid II berät, vergangenen Juli gezeigt hat. Ähnlich wie nun Baringa stellte die Gesellschaft eine späte Umsetzung fest.

Um Regulierungsprojekte zu stemmen, sei eine „holistische Gesamtbetrachtung“ wichtig, sagt Schlicht. Eine Bank solle also in der Lage sein, die Vorgaben verschiedener Regelwerke und die Folgen für verschiedene Konzerneinheiten im Blick zu behalten. Wenn eine zentrale Bündelung der Themen nicht vom Vorstand aus angeschoben werde, sei die Koordination schwierig. Auch für künftige Projekte sei eine gute Vorbereitung wichtig. „Eins ist sicher: Weniger Regulatorik wird es nicht geben.“

Nicht nur Banken, auch Aufseher können laut Schlicht noch etwas verbessern. Er hält es für wichtig, dass europäische Regeln möglichst einheitlich sind, damit EU-Staaten keinen Wettbewerbsvorteil durch eine weiche Umsetzung neuer Vorgaben erreichen können. Dies funktioniere aber nur, wenn nationale Aufseher – stärker als bisher – in die Detailarbeit eingebunden werden, argumentiert er. „So einheitlich wie möglich“ solle die Regulierung sein.